



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss II/8
Sitzungstag:	Dienstag, den 16.05.2006
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:25 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
 - 1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.1.2. Einwohnerfragestunde
 - 1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2006/081
 - 1.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW
 - 1.4. Beschlüsse
 - 1.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse
 - 1.6. Empfehlungen an den Rat
 - 1.7. Anfragen
 - 1.8. Anträge
 - 1.9. Mitteilungen
 - 1.9.1. Wärmelieferung für das WLS-Bad durch ein Blockheizkraftwerk der BEW
Vorlage: M/2006/083
 - 1.9.2. Einrichtung der Offenen Ganztagschule in Wipperfürth
Vorlage: M/2006/084
 - 1.9.3. Beteiligung der Stadt Wipperfürth am vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW unterstützten Projekt "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung" mit Zertifizierung;
Antrag der CDU-Fraktion / des Rats Herrn Gerd Kohlgrüber vom 11.03.2006

sowie hierzu gefasster Ratsbeschluss vom 28.03.2006, TOP 1.7.1
Vorlage: M/2006/085

- 1.9.4. Rückblick auf die Ratsinformationsfahrt nach Surgères; mündlicher Bericht
- 1.9.5. Besuch des Bau- und Verkehrsministers des Landes NRW Herrn Oliver Wittke am 24.04.2006 in Wipperfürth und Hückeswagen
Vorlage: M/2006/087
- 1.9.6. Erlass einer Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen nach der beabsichtigten Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: M/2006/088
- 1.10. Verschiedenes
 - 1.10.1 30. Geburtstag des Walter-Leo-Schmitz-Bades am 18. Juni 2006
 - 1.10.2 BLZ-Berichterstattung; Nichtberücksichtigung des Bürgermeisters in Text und Bildern

- 2. Nichtöffentliche Sitzung
 - 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
 - 2.2. Anerkennung der Tagesordnung
 - 2.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW
 - 2.4. Beschlüsse
 - 2.4.1. Stundung, Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen
 - 2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse
 - 2.6. Empfehlungen an den Rat
 - 2.7. Anfragen
 - 2.8. Anträge
 - 2.9. Mitteilungen
 - 2.9.1. Verwaltungsgerichtliches Verfahren; Information über den Prozessausgang
Vorlage: M/2006/082
 - 2.10. Verschiedenes
 - 2.10.1. Bürgerbus-Olympiade aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Bürgerbusvereins Wipperfürth

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **Forsting** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung wird in der Form der Einladung unter Berücksichtigung folgender Ergänzungen einvernehmlich anerkannt: Im späteren Verlauf der Sitzung berichtet Bürgermeister **Forsting** unter „Verschiedenes“ zu den Themen „30. Geburtstag des Walter-Leo-Schmitz-Bades“ (TOP 1.10.1) und „BLZ-Berichterstattung; Nichtberücksichtigung des Bürgermeisters in Text und Bildern“ (TOP 1.10.2).

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse Vorlage: M/2006/081

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Ausführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.3 Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW

- entfällt -

1.4 Beschlüsse

- entfällt -

1.5 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse

- entfällt -

1.6 Empfehlungen an den Rat

- entfällt -

1.7 Anfragen

-entfällt -

1.8 Anträge

- entfällt -

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Wärmelieferung für das WLS-Bad durch ein Blockheizkraftwerk der BEW

Vorlage: M/2006/083

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung nimmt der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis.

Bürgermeister **Forsting** teilt weiter mit, dass nach einem Hinweis in einer Zeitschrift des Städte- und Gemeindebundes noch geprüft werde, ob synthetische Biokraftstoffe der sogenannten zweiten Generation bis 2015 steuerbegünstigt bleiben, und zwar aufgrund eines Beschlusses des Koalitionsausschusses in Berlin vom 01.05.2006. Die BEW sei gebeten worden, die Auswirkungen dieses Beschlusses bezogen auf den Betrieb eines Blockheizkraftwerkes zu prüfen. Bis heute sei niemand in der Lage gewesen, verbindlich zu sagen, was darunter exakt zu verstehen ist. Wenn sich eine neue Sachlage ergebe, stelle sich die Frage der Wirtschaftlichkeit neu und der Rat werde in diesem Falle entsprechend unterrichtet.

Die UWG-Fraktion habe eine Anfrage zur vergaberechtlichen Situation an die Gemeindeprüfungsanstalt in Herne gestellt, die die GPA zuständigkeitshalber an den Landrat als Kommunalaufsicht weitergeleitet habe. Zuvor sei die Vergabe sowohl durch das Rechnungsprüfungsamt als auch durch die WIBERA als ordnungsgemäß angesehen worden. Trotz der zusätzlichen Arbeit durch diese erneute Anfrage wolle er diese Prüfung abwarten. Diese erneute Anfrage halte er für einen sehr befremdlichen Vorgang, zumal die Errichtung eines BHKW für die Stadt Wipperfürth einen wirtschaftlichen Vorteil von jährlich ca. 60.000 € bedeuten würde.

Zur Zeit gehe er davon aus, dass ein BHKW nicht errichtet werde.

Ratsherr **Kohlgrüber** erklärt, dass die CDU-Fraktion zu der mit großer Mehrheit gefassten Ratsentscheidung bezüglich des Erhalts des WLS-Bades stehe, zumal der Einspareffekt durch ein BHKW nicht in dem ursprünglichen Konzept enthalten gewesen sei.

Bürgermeister **Forsting** erklärt auf die Forderung der Ratsfrau **Neuhaus**, diesen Sachverhalt nochmals genau zu prüfen, er sehe hier keinen Prüfungsbedarf mehr.

Ratsherr **Mederlet** teilt die Auffassung des Bürgermeisters, dass es für die Stadt Wipperfürth den erhofften Einspareffekt nicht geben wird. An der Zielsetzung, ein bestimmtes Einsparvolumen im Bäderbereich zu erreichen, gebe es in seiner Fraktion keinen Zweifel. Es gebe bezüglich des WLS-Bades bekanntermaßen noch weitere Prüfaufträge. Zu überlegen sei im Zusammenhang mit der aufgeschobenen Entscheidung über die Wärmeversorgung der Realschule auch, ob es eine „Düsterohl-Lösung“ für Schwimmbad, Hauptschule, Anne-Frank-Schule und Jugendherberge geben kann.

Ratsherr **Koppelberg** fragt nach Alternativlösungen für die Wärmeversorgung des Hallenbades, zumal bei der Heizungsanlage aufgrund ihres Alters durchaus kurzfristig Schäden auftreten könnten. Bürgermeister **Forsting** geht davon aus, dass bei einem Ausfall der Heizungsanlage nach den heutigen Umständen eine Gasheizung nach der neuesten Brennwerttechnik, dann ebenfalls mit zu erwartendem Einsparpotential, eingebaut würde. Die Frage des Ratsherrn **Lang**, ob das Bad mit Sonnenkollektoren beheizt werden könnte, ist laut Bürgermeister **Forsting** bereits im Betriebsausschuss akribisch geprüft worden, zuletzt im Zusammenhang mit der Dachsanierung. Diese Möglichkeit sei an der zusätzlichen Gewichtsbelastung für das Dach gescheitert, alle anderen Varianten mit aufwendigen Konstruktionen im Bereich der Liegewiese seien ausgeschlossen.

1.9.2 Einrichtung der Offenen Ganztagschule in Wipperfürth Vorlage: M/2006/084

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung nimmt der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis, die Stadtkämmerer **Orbach** zusätzlich erläutert.

Ratsherr **Koppelberg** ist verwundert darüber, dass die damaligen Planungen zu derart erheblichen Mehraufwendungen gegenüber dem ursprünglichen Kostenrahmen geführt haben. Stadtkämmerer **Orbach** erklärt, die größten Kostensteigerungen habe es im Bereich der St.-Antonius-Schule gegeben, die im Vorfeld auch nicht durch die Facharchitekten gesehen werden konnten. Von daher seien Umplanungen mit deutlich günstigeren Varianten vorgenommen worden, die es erlaubten, im ursprünglichen Kostenrahmen zu bleiben. Erschwerend sei hinzugekommen, dass vom Fachbereich in Zusammenarbeit mit der Zentralen Immobilienwirtschaft relativ kurzfristig Förderanträge gestellt werden mussten zu einem Zeitpunkt, als noch keine Architekten mit der Planung der Einzelmaßnahmen beauftragt waren. Es werde versucht, die Verzögerungen so gering wie möglich zu halten.

Ratsherr **Mederlet** hält die Vorlaufzeit für ausreichend nach vielmaligen Beratungen in den Fachausschüssen. Insofern könne er der Verwaltung für ihr Projektmanagement kein gutes Zeugnis ausstellen. Der Zwischenbericht zu dieser Sitzung sei für ihn enttäuschend. Die Erfahrung in anderen Städten und Gemeinden habe gezeigt, dass man durchaus sehr gut mit den Fördermitteln von 115.000 € pro Gruppe auskommen kann; der Umbau eines Schwimmbades sei zugegebenermaßen ein Sonderfall. Dem gesamten Rat sei daran gelegen, bezüglich der OGS sowohl räumlich als auch konzeptionell etwas Vernünftiges auf den Weg zu bringen. Den Eltern, den Schulen, aber auch den Trägern müsse die Verwaltung nachdrücklich den Eindruck vermitteln, dass Rat und Verwaltung weiterhin an einer entsprechenden Qualität des Angebotes gelegen ist.

StVR **Wollnik** erläutert die Absprachen mit den unterschiedlichen Schulen hinsichtlich ihres Einrichtungsbedarfs, der im Gespräch mit der jeweiligen Schulleitung abgestimmt sei. Im Prinzip könne jede Schule ihren eigenen Bedarf geltend machen, der aber von Fall zu Fall recht unterschiedlich sein könne. Im Gegensatz zu den anderen Städten und Gemeinden seien in Wipperfürth weder in den Schulen noch in den Kindergärten rückläufige Kinderzahlen zu verzeichnen. Es gebe deshalb hier keine Räume, die mit einfachen Mitteln umgewandelt werden könnten, weshalb man gezwungen sei, neue Räume zu schaffen.

Die Kooperationsverträge mit den Trägern würden bis Ende des Monats abgeschlossen werden können, anschließend folge der Abschluss der Betreuungsverträge mit den Eltern. Der gesamte Vorlauf müsse trotz ständig sinkender Stellen bewältigt werden.

Es gebe bei 125 Plätzen zum derzeitigen Stand 87 verbindliche Anmeldungen; das Land bezuschusse für die Betreuung nach dem Stand der tatsächlichen Anmeldungen am letzten Tage vor den Herbstferien.

Ratsherr **Kohlgrüber** hat die Befürchtung, dass durch die „Spitzabrechnung“ bei der Erstattung durch das Land neue finanzielle Lücken gerissen werden. StVR **Wollnik** berichtet über weitere Informations- und Werbemaßnahmen für die OGS. Sowohl die Bezirksregierung als auch das Landesjugendamt hätten Erfahrungen, wonach Ganztagschulen mit inhaltlich guten Angeboten zunehmend stärker frequentiert werden; die bisherigen Anmeldezahlen würden dort schon sehr positiv gesehen. Andere Kommunen seien noch mit weniger Kindern gestartet.

Nach weiteren Ausführungen der Verwaltung über die aktuellen Kontakte zu den Trägern bittet Ratsherr **Mederlet** um einen Sachstandsbericht der Verwaltung in der Ratssitzung am 21.06.2006.

**1.9.3 Beteiligung der Stadt Wipperfürth am vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW unterstützten Projekt "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung" mit Zertifizierung;
Antrag der CDU-Fraktion / des Ratsherrn Gerd Kohlgrüber vom 11.03.2006 sowie hierzu gefasster Ratsbeschluss vom 28.03.2006, TOP 1.7.1
Vorlage: M/2006/085**

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung sowie die ergänzenden Erläuterungen durch Bürgermeister **Forsting** nimmt der Haupt- und Finanzausschuss ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.9.4 Rückblick auf die Ratsinformationsfahrt nach Surgères; mündlicher Bericht

Bürgermeister **Forsting** erklärt, die heute anwesenden Teilnehmer an der Fahrt könnten sicherlich bestätigen, dass es sich bei der Reise in die Partnerstadt Surgères und bei dem dortigen Aufenthalt und eine sehr gelungene Veranstaltung gehandelt habe. Nach der sicherlich anstrengenden Hinfahrt sei das umfangreiche Programm gleich mit einem Empfang im Rathaus eröffnet worden und mit zahlreichen gut vorbereiteten Programmpunkten fortgesetzt worden. Dabei habe es zahlreiche informative und nette Gespräche und Kontakte gegeben.

Er habe es auch als sehr angenehm empfunden, dass bei der Hin- und Rückfahrt die Kontakte der Ratsmitglieder auch unterschiedlicher Fraktionen vertieft werden konnten. Dies sei ja auch ein Ziel der Reise gewesen.

Im Namen des Rates habe er offiziell eine Gegeneinladung an den Surgèrer Stadtrat sowie an seinen Amtskollegen ausgesprochen, die er in schriftlicher Form kurzum wiederholen werde. Er werde dabei anheim stellen, wann der Gegenbesuch der Surgèrer in Wipperfürth stattfinden soll, um dann anschließend die notwendigen organisatorischen Schritte zur Gestaltung eines Programms und zur Unterbringung einzuleiten.

Von den Teilnehmern gemachte Fotos könnten kurzfristig noch an die Verwaltung geschickt werden, um sie auf einer CD zusammen zu stellen. So könnten die Reiset Teilnehmer oder auch sonstige Interessenten das Stimmungsbild auf der Reise viel besser nachvollziehen als durch einen mündlichen Bericht.

1.9.5 Besuch des Bau- und Verkehrsministers des Landes NRW Hr. Oliver Wittke am 24.04.2006 in Wipperfürth und Hückeswagen
Vorlage: M/2006/087

Bürgermeister **Forsting** ergänzt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung. Herr Minister Wittke habe sich sehr optimistisch in dem Sinne geäußert, dass in Kürze die Weichen gestellt werden könnten, um die Trasse aus dem IGVP herausnehmen zu können. Unabhängig davon müssten die Städte Hückeswagen und Wipperfürth das Entwidmungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt betreiben. Die Anträge seien gestellt. Das Eisenbahnbundesamt teile die Auffassung des Verkehrsministers noch nicht; möglicherweise könne ein Besuch des Bürgermeisters beim Ministerium zur Lösung gegebenenfalls auftretender Probleme dienlich sein. Die Trasse an sich solle ja als Rad-/Gehweg gesichert werden, wie dies auch der strategischen Zielvorstellung der Stadt entspreche. Bei einem Erfolg könnte den Projekten Fortführung der Nordtangente und Gewerbeansiedlungen neues Leben eingehaucht werden.

Ratsfrau **Neuhaus** erklärt, die Auffassung ihrer Partei sei bekannt. Die Fortführung der Nordtangente sei aus ihrer Sicht nicht das gravierende Problem. Sie fragt, wie denn derartige Flächen finanziert werden könnten. So lange die Stadt im Haushaltssicherungskonzept sei, werde sie wohl keinen Erwerb tätigen können. Bürgermeister **Forsting** verweist auf die DB Immobilien, die als Gesellschaft bereits Eigentümerin sei. Sie habe im Gegensatz zum Eisenbahnbundesamt im Rahmen der FNP-Beteiligung eine Entwidmung außerordentlich begrüßt und spreche sich für eine möglichst großzügige Ausweisung von Gewerbeflächen aus. Die DB Immobilien wolle die Flächen im Bahnhofsareal auch selbst vermarkten, sodass ein Flächenerwerb durch die Stadt nicht zwingend sei. Nach der Entwidmung habe die Stadt aber endlich die Planungshoheit über die Flächen.

Er werde hier am Ball bleiben und hoffe, dass er im Laufe dieses Jahres weitere positive Veränderungen vermelden könne.

1.9.6 Erlass einer Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen nach der beabsichtigten Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder

Vorlage: M/2006/088

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung war, nimmt der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, der Ministerpräsident des Landes NRW habe offiziell das „Jahr des Kindes“ ausgerufen. Der Beitrag des Landes scheine darin zu bestehen, dass man auch Kosten auf die Eltern abwälzt. Dies mache etwa 60 – 80.000 € für Wipperfürth, im Oberbergischen Kreis etwa eine halbe Million € aus. Offensichtlich würden hier die Prioritäten falsch gesetzt.

1.10 Verschiedenes

1.10.1 30. Geburtstag des Walter-Leo-Schmitz-Bades am 18. Juni 2006

Bürgermeister **Forsting** teilt mit, am 18.06.2006 seien die Ratsmitglieder herzlich eingeladen, den 30. Geburtstag des Walter-Leo-Schmitz-Bades zu feiern.

StVD **Wollnik** ergänzt, am 16.06.1976 sei das WLS-Bad eingeweiht worden, am 17. sei Tag der offenen Tür gewesen und am 18. sei das Bad für den offiziellen Badebetrieb freigegeben worden. Es gebe Überlegungen, gemeinsam mit der IG WLS diesen Geburtstag zu feiern. Vorgesehen sei am Sonntag, den 18. Juni 2006, ab 10.00 Uhr, ein kleines Wasserballturnier auszutragen. Es solle Mannschaften der IG WLS, der DLRG, des Turnvereins, von Versehrtensportgemeinschaft und Behindertensportgemeinschaft sowie ein bis zwei Mannschaften von Rat und Verwaltung geben. Die Spielzeit betrage jeweils 5 Minuten; es gebe keine Wasserballtore, sondern Körbe ähnlich wie beim Basketball. Dazu folge noch eine Einladung der IG WLS. Vielleicht könnten die Fraktionen intern überlegen, wer mitspielen möchte.

Bürgermeister **Forsting** hält die Veranstaltung für eine gute Gelegenheit, das WLS-Bad noch einmal stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen, was ja bereits hervorragend bei den Stadtmeisterschaften im Schwimmen funktioniert habe und durch viele Kleinigkeiten, die weiter zu einem positiven Gesamtbild des Bades beigetragen hätten.

1.10.2 BLZ-Berichterstattung; Nichtberücksichtigung des Bürgermeisters in Text und Bildern

Bürgermeister **Forsting** erklärt, dass er Anfang April 2006 festgestellt habe, dass sich die Berichterstattung der Bergischen Landeszeitung über lokale Veranstaltungen insofern verändert habe, als der Bürgermeister darin anscheinend mit Absicht nicht mehr berücksichtigt wurde. Dies sei soweit gegangen, dass seine Person mehrfach auf Bildern als vierte Person „abgeschnitten“ war, weil er innerhalb der Gruppe zufällig außen gestanden habe. Dies habe er zum Anlass genommen, den Hintergrund bei der Redaktionsleitung zu erfragen.

Ihm sei mitgeteilt worden, einzelne Mitglieder des Rates hätten bemängelt, der Bürgermeister sei zu oft in der Zeitung vertreten. Über diesen Vorgang müsse er schon sein Befremden äußern. Die kommunalverfassungsrechtlich verankerte Stellung des Bürgermeisters als offizieller Repräsentant des Rates und der Bürgerschaft bei offiziellen Anlässen, aber auch das Anrecht der Bürgerschaft auf eine Information über die Art und Weise der Präsenz der Stadt führe ihn zu der Meinung, dass das Ansinnen einzelner, von der Presse übrigens nicht benannter Ratsmitglieder sehr befremdlich sei. Dies gelte umso mehr, als der Bürgermeister bzw. sein jeweiliger Vertreter bei solchen Anlässen nicht parteipolitisch in der Öffentlichkeit auftreten. Nach einem Gespräch mit dem leitenden Redakteur der Zeitung sei die beschriebene Praxis dann eingestellt worden.

Guido Forsting
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer/in -